

# N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des  
**Amtsausschusses des Amtes Aumühle-Wohltorf**  
am Donnerstag, 15.09.2005, 19.30 Uhr,  
im Rathaus Aumühle

**Teilnehmer:** AV Burmester  
GV Braun  
GV Tessendorff  
BM Giese  
BM Birkner  
GV Kording           i.V. für GV Diezmann  
GV Steffens  
GV Dr. Abraham  
GV Freesemann  
GV Gräper  
GV Tschacher  
Gutsvorsteher von Hagen

Frau Schumacher als Protokollführerin  
Gleichst.-Beauftragte Frau Edler

## **Tagesordnung:**

1. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 07.06.2005
2. Bericht des Amtsvorstehers
3. Bericht über über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2005
4. Zuschussantrag der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft für 2006
5. Leitprojekt der Metropolregion Hamburg „Interkommunale Abstimmung über Einzelhandelsvorhaben im Raum Reinbek-Bergedorf“  
hier: Kostenbeteiligung des Amtes
6. Verwaltungsstrukturreform  
hier: Leitlinien der Landesregierung zur künftigen kommunalen Struktur  
- Information und Beratung über das weitere Vorgehen -
7. Anfragen und Mitteilungen

Amtsvorsteher Burmester eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Amtsausschuss beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung wird beantragt, den TOP „Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung 2004“ zusätzlich als TOP 3 aufzunehmen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 3 – 7 werden zu 4 – 8. Diese Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

## **Tagesordnung:**

1. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 07.06.2005
2. Bericht des Amtsvorstehers
3. Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung 2004
4. Bericht über über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2005

5. Zuschussantrag der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft für 2006
6. Leitprojekt der Metropolregion Hamburg „Interkommunale Abstimmung über Einzelhandelsvorhaben im Raum Reinbek-Bergedorf“  
hier: Kostenbeteiligung des Amtes
7. Verwaltungsstrukturreform  
hier: Leitlinien der Landesregierung zur künftigen kommunalen Struktur  
- Information und Beratung über das weitere Vorgehen -
8. Anfragen und Mitteilungen

-----

#### 1. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 07.06.2005

Gegen die Niederschrift über die Sitzung am 07.06.2005 werden keine Einwendungen erhoben.

#### 2. Bericht des Amtsvorstehers

Amtsvorsteher Burmester berichtet über die von ihm wahrgenommenen Termine (**siehe Anlage 1**). Der 1. stellv. Amtsvorsteher, GV Braun, ergänzt, dass er einen Termin bei der BQG wahrgenommen hat.

#### 3. Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung 2004

GV Tschacher berichtet, dass der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung die Jahresrechnung des Amtes Aumühle-Wohltorf für das Haushaltsjahr 2004 am 02.09.2005 geprüft hat. Die Prüfung der Jahresrechnung hat keine Beanstandungen ergeben, so dass dem Amtsausschuss empfohlen wurde, die sich aus der Jahresrechnung des Amtes Aumühle-Wohltorf für das Haushaltsjahr 2004 ergebenden Abschlusszahlen des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 685.093,24 Euro und des Vermögenshaushaltes in Höhe von 74.234,85 Euro in Einnahmen und Ausgaben festzustellen.

Beschluss: Der Amtsausschuss stellt die sich aus der Jahresrechnung des Amtes Aumühle-Wohltorf für das Haushaltsjahr 2004 ergebenden Abschlusszahlen des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 685.093,24 Euro und des Vermögenshaushaltes in Höhe von 74.234,85 Euro in Einnahmen und Ausgaben fest.

Stimmenverhältnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

#### 4. Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben 2005

Folgende außerplanmäßige Ausgabe ist bisher im Haushaltsjahr 2005 entstanden:

Nr.	Haushaltsstelle	Haushaltsstellenbezeichnung	Haushaltsansatz	Überplanmäßige Ausgabe
<b>Vermögenshaushalt</b>				
1	06000.93500	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	0,00	1.818,88

Begründung:

Zu 1: Zur Klimatisierung des Serverraumes im Keller des Rathauses mußte kurzfristig ein Klimagerät beschafft werden, da aufgrund der hohen Raumtemperatur der Server bereits einmal abgestürzt war und dieses ein weiteres Mal drohte. Da bei einem Absturz auch die Festplatten beschädigt werden oder kaputt gehen können und dann die EDV möglicherweise mehrere Tage ausfällt, abgesehen von einem möglichen Datenverlust, mußte die Beschaffung kurzfristig vorgenommen werden.

Gem. § 3 der Haushaltssatzung 2005 des Amtes Aumühle-Wohltorf beträgt der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen, für deren Leistung oder Eingehung der Amtsvorsteher seine Zustimmung nach § 18 Abs. 1 Amtsordnung i. V. m. § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, 5.000,00 €. Die Genehmigung des Amtsausschusses gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Amtsvorsteher ist verpflichtet, mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßigen Verpflichtungen der Gemeindevertretung zu berichten.

Eine Beschlussfassung über die Genehmigung dieser Ausgabe ist somit nicht erforderlich.

Der Amtsausschuss nimmt von der überplanmäßigen Ausgabe unter den Nr. 1 Kenntnis.

5. Zuschussantrag der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft für 2005

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft beantragt für das Haushaltsjahr 2006 einen Zuschuss, ohne die Höhe näher zu beziffern. Bereits in den letzten Jahren sind gleichlautende Anträge an das Amt Aumühle-Wohltorf gerichtet worden. Diese sind bisher stets abgelehnt worden.

Beschluss: Der Amtsausschuss beschließt, den Antrag der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft auf Bewilligung eines Zuschusses für das Haushaltsjahr 2006 abzulehnen.

Stimmenverhältnis: 12 Ja- Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

6. Leitprojekt der Metropolregion Hamburg „Interkommunale Abstimmung über Einzelhandelsvorhaben im Raum Reinbe-Bergedorf“  
hier: Kostenbeteiligung des Amtes

Amtsvorsteher Burmester berichtet, dass beabsichtigt ist, ein „Interkommunales Abstimmungsforum für die Einzelhandelsentwicklung im Raum Südstormarn/südwestlicher Teil Kreis Herzogtum Lauenburg/Hamburg-Ost“ zu gründen.

Hierzu hat es bereits mehrere Gespräche gegeben, an denen stets das Amt Aumühle-Wohltorf und die Gemeinden Aumühle und Wohltorf beteiligt worden sind.

Ziel des Forums ist es, das Bewusstsein der Kommunen über die regionalen Auswirkungen großflächiger Einzelhandelsvorhaben zu stärken. Als Leitprojekt der Metropolregion Hamburg mit modellhaftem Charakter soll es einen Beitrag für eine ausgewogene und leistungsfähige Versorgungsstruktur in diesem Teilraum der Metropolregion Hamburg leisten. Zukünftig wird ein maßvoller kooperativer Wettbewerb zwischen den Kommunen angestrebt, um die problematischen, raumordnerischen und stadtentwicklungspolitischen Begleiterscheinungen abzumildern.

Eine Reihe von Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung dieses Forums. Dieses sind z.B. der Bezirk Hamburg-Bergedorf, der Bezirk Hamburg-Mitte, die Stadt Reinbek, die Stadt Glinde, Stadt Geestacht, Stadt Lauenburg, Stadt Schwarzenbek, die Gemeinde Wentorf und die Gemeinde Barsbüttel (je 4.000 Euro). Bei einer finanziellen Beteiligung des Amtes hätte das Amt auch ein Stimmrecht.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass eine finanzielle Beteiligung nicht für notwendig erachtet wird, da eine Teilnahme an den Gesprächen bisher auch ohne Finanzaussage möglich war. Insofern sind die Informationen auch so zu erhalten.

Beschluss: Der Amtsausschuss beschließt, zur Beteiligung an der Finanzierung des „Interkommunalen Abstimmungsforums für die Einzelhandelsentwicklung im Raum Südstormarn/südwestlicher Teil Kreis Herzogtum Lauenburg/Hamburg-Ost“ einen einmaligen Betrag im Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung zu stellen. Der Betrag ist im Haushaltsplan 2006 entsprechend zu veranschlagen.

Stimmenverhältnis: 0 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

## 7. Verwaltungsstrukturreform

hier: Leitlinien der Landesregierung zur künftigen kommunalen Struktur  
- Information und Beratung über das weitere Vorgehen –

Amtsvorsteher Burmester berichtet, dass nach derzeitigem Stand der Leitlinien davon auszugehen ist, dass das Amt Aumühle-Wohltorf zukünftig nicht mehr über eine selbständige Verwaltung verfügen wird. Danach gibt es nur die Möglichkeit der Fusion oder einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Gemeinde Wentorf bei Hamburg oder aber dem Amt Hohe Elbgeest. Es hat bereits Gespräche mit der Gemeinde Wentorf bei Hamburg, dem Bürgermeister der Gemeinde Kröppelshagen, Herrn Merkel, und dem Amt Hohe Elbgeest gegeben. Dabei ist festzuhalten, dass alle Gesprächspartner von sich aus auf das Amt Aumühle-Wohltorf zugekommen sind.

Angesichts der Tatsache, dass Innenminister Stegner bereits von Größenordnungen von 18.000– 20.000 bzw. 25.000 Einwohnern spricht, wird möglicherweise auch ein Zusammenschluss nur mit Wentorf oder nur mit dem Amt Hohe Elbgeest nicht ausreichen. Daher muss auch in Richtung einer Zusammenarbeit dieser drei nachgedacht werden.

Unabhängig davon haben Amtsvorsteher Burmester und die beiden Bürgermeister Giese und Birkner bisher schwerpunktmäßig daran gearbeitet, Argumente zu finden, die dafür sprechen, dass das Amt Aumühle-Wohltorf selbständig bleibt.

Hierzu ist jetzt ein Entwurf eines Schreibens an den Ministerpräsidenten und den Innenminister vorgelegt worden, über das in dieser Sitzung beraten werden soll.

Bürgermeister Birkner ergänzt, dass in dem Gespräch mit Staatssekretär Schlie am 05. September 2005 deutlich geworden ist, dass es offensichtlich keine Einigung zwischen den Koalitionspartnern in diesem Thema gibt. Daher plädiert er dafür, den Ministerpräsidenten durch das Schreiben zu informieren und um Stellungnahme zu bitten und die Landtagsabgeordneten zu überzeugen, da diese letztendlich über eine gesetzliche Regelung abstimmen müssen.

GV Braun weist darauf hin, das bisher nach wie vor nicht bekannt ist, welche Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden sollen. Dazu stellt sich auch die Frage, inwieweit ein Kostenausgleich geschaffen wird.

GV Steffens fragt nach den Alternativen für das Amt Aumühle-Wohltorf. Er schlägt vor, ein Amt Sachsenwald zu gründen, das neben den Gemeinden Aumühle und Wohltorf auch die Gemeinden Kuddewörde, Dassendorf, Kröppelshagen, Börnsen u.a. umfassen könnte. Er begründet dies mit gemeinsamen Interessen im Bereich der Metropolregion Hamburg, der Naherholung u.a. Seiner Meinung nach ist das Amt Aumühle-Wohltorf zu klein, so dass Partner gesucht werden müssen.

Hierzu erwidert Amtsvorsteher Burmester, dass das Amt dann nicht mehr selbständig sein wird und die Einwohnerzahlen, die Innenminister Stegner derzeit verbreitet, trotzdem nicht erreicht werden. Er weist auf ein Telefongespräch mit Herrn Bülow vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag hin, der aus den Reihen der Kommunen dringend über die Bestrebungen, selbständig zu bleiben, informiert werden möchte. Dann kann auch der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag sich in diese Richtung bei der Landesregierung einsetzen.

GV Gräper spricht sich dafür aus, weiterhin für die Selbständigkeit des Amtes Aumühle-Wohltorf zu kämpfen. Er hält den vorgelegten Brief an den Ministerpräsidenten und den Innenminister für richtig, spricht sich aber auch dafür aus, andere, vielleicht auch ungewöhnliche Wege hinsichtlich einer zukünftigen Zusammenarbeit zu bestreiten.

Zum Entwurf des Schreibens werden folgende Anmerkungen gemacht:

- GV Dr. Abraham spricht sich dafür aus, die Formulierung zum Artikel 28 Grundgesetz durch die Streichung der Worte „zumindest teilweise“ zu bekräftigen. Hierzu führt Bürgermeister Giese aus, dass dieses aufgrund des Wortlauts des Artikels 28 Abs. 2 Grundgesetz nicht möglich ist, da die finanzielle Ausstattung der Gemeinden bisher nicht berührt wird.
- Es wird angeregt, den Ministerpräsidenten ebenfalls direkt anzusprechen in der Anrede und die Anschrift vor die des Innenministers zu setzen.
- Bei den Unterschriften sollte der Amtsvorsteher, da das ganze Schreiben unter dem Amtskopfbogen versandt wird, ganz links stehen.
- Als letzter Satz sollte um eine Stellungnahme gebeten werden.
- GV Freeseemann regt an, zum Schluss des Schreibens kurz zusammen zu fassen, was das Amt Aumühle-Wohltorf möchte. Die Mehrheit des Ausschusses ist jedoch der Meinung, dass dieses bereits im Schreiben enthalten ist.

GV Steffens schlägt vor, sich Informationen über Untersuchungen bzw. Auswertungen zur Verwaltungsreform in Hessen und Niedersachsen zu besorgen, um so weitere Argumente zu finden. Hierzu merkt Bürgermeister Giese an, dass dort eine Gebietsreform gemacht worden ist, die in Schleswig-Holstein bisher nicht beabsichtigt ist.

Amtsvorsteher Burmester bittet darum, dass, wenn Gespräche, insbesondere auf der politischen Schiene geführt werden, die beiden Bürgermeister und er als Amtsvorsteher darüber informiert werden, damit ein gleicher Kenntnisstand vorliegt.

Bürgermeister Birkner weist darauf hin, dass er vom Ministerpräsidenten bzw. vom Innenministerium keine befriedigende Antwort erwartet. Sollte dies der Fall sein, kann in einem weiteren Schreiben ein härterer Ton gewählt werden. Dann sollte eine genauere Auseinandersetzung mit den Leitlinien erfolgen. Möglicherweise könnte auch die Androhung einer Klage in Erwägung gezogen werden.

GV Gräper bittet darum, die Gemeindevertretungen kurzfristig über den weiteren Fortgang zu informieren. Dieses wird von Bürgermeister Giese zugesagt.

GV Steffens berichtet, dass auf dem SPD-Kreisparteitag am 22.10.2005 in Breitenfelde auch ein Staatssekretär anwesend sein wird. Daher sollten möglichst viele aus der Runde des Amtsausschusses, aber auch andere Gemeindevertreter, anwesend sein und entsprechende Fragen zur Verwaltungsstrukturreform stellen.

Allgemein besteht Einigkeit darüber, dass das Schreiben an den Ministerpräsidenten und den Innenminister mit den Änderungen von dem Amtsvorsteher und den beiden Bürgermeistern unterschrieben, versandt werden sollte.

## 8. Anfragen und Mitteilungen

- a) Amtsvorsteher Burmester berichtet, dass die nächste Sitzung des Amtsausschusses voraussichtlich am 06.12.2005 stattfinden wird.
- b) Er berichtet weiterhin, dass die Fördermittel für die Landesvernetzung in diesem Jahr bereits verbraucht sind (6.000 Euro pro Verwaltung). In 2006 werden 3.000 Euro gewährt. Ein Anschluss muss bis zum 01.01.2007 erfolgt sein.
- c) Amtsvorsteher Burmester weist darauf hin, dass GV Diezmann mit der Europa-Union eine 8 – 10-tägige Busreise nach Frankreich plant, in dessen Verlauf auch Mortagne besucht wird. Er fragt, wer bei dieser Fahrt oder aber privat nach Mortagne mitfahren möchte und bittet um Rückmeldung.
- d) GV Steffens bittet Gutsvorsteher von Hagen, nachdem die Eichen in mehreren Straßen Wohltorfs überprüft worden sind, im Börnsener Weg eine Nachkontrolle vorzunehmen, da dort augenscheinlich größere trockene Äste in den Bäumen hängen. Dies könnte zu einer Verkehrsgefährdung führen.

Nachdem keine weiteren Anfragen und Mitteilungen vorliegen, schließt Amtsvorsteher Burmester die Sitzung um 21.00 Uhr.

Protokoll erhalten am: 16.09.2005  
Protokoll erstellt am: 16.09.2005/Tö.

Aumühle,

Aumühle,

.....  
Burmester  
Amtsvorsteher

.....  
Schumacher  
Protokollführerin